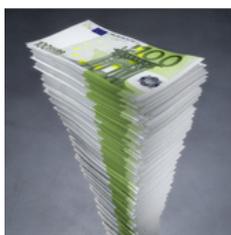


Wachstum schafft nicht zwingend Reichtum

Für unseren Wohlstand ist nicht nur die Höhe des Wachstums zentral. Viel wichtiger ist, dass es wenig Krisen gibt. John Joseph Wallis erklärt wie der "New Deal" die Marktwirtschaft stabiler gemacht hat.

von Olaf Storbeck



Was schneller wächst, schrumpft auch wieder schneller, so die Theorie des Ökonomie-Professors John Joseph Wallis.

LONDON. Kein Student der Volkswirtschaftslehre kommt an ihr vorbei. Spätestens im Hauptstudium steht an jeder Fakultät die Wachstumstheorie auf dem Lehrplan - komplexe mathematische Modelle, mit denen Ökonomen analysieren, warum manche Länder reich und andere arm sind. Der Kapitalstock ist zentral für hohes Wachstum, lautet eine Botschaft dieser Theorie. Auch auf richtig dosierte Investitionen komme es an und auf den technischen Fortschritt.

Aber ist hohes Wachstum überhaupt der entscheidende Schlüssel für ein hohes Volkseinkommen? Auf den ersten Blick sieht das aus wie eine ziemlich absurde Frage. Was sonst soll den Wohlstand treiben, wenn nicht hohes Wachstum?

Tatsächlich ist die Sache etwas komplizierter, wie eine neue Arbeit von John Joseph Wallis, Ökonomie-Professor an der University of Maryland, zeigt. Viel wichtiger als die Höhe des Wachstums in guten Zeiten ist demnach, wie oft und wie sehr ein Land in Krisen gerät. "Reiche Länder sind nicht deshalb reicher, weil sie schneller wachsen als arme", sagt Wallis. "Sie erleben seltener Episoden mit negativem Wachstum, und sie schrumpfen in Krisen langsamer."

Wallis hat die Statistiken auf seiner Seite. Wenn arme Länder wachsen, dann tun sie es mit höherem Tempo als reiche. Allerdings sind sie auch viel anfälliger für schwere Rezessionen. So ist die Wirtschaftsleistung in den reichsten Ländern der Welt zwischen 1950 und 2004 in Jahren mit Wachstum im Schnitt um 3,9 Prozent gestiegen. In den armen Ländern lag das Plus in Wachstumsjahren dagegen bei 5,4 Prozent. Allerdings: Die reichen Ländern wuchsen in 45 der 54 Jahre - die armen nur in 35 Jahren.

Umgekehrt sind die reichen Staaten nur in neun Jahren geschrumpft. In den armen Staaten gab es dagegen mehr als doppelt so viele Krisenjahre, und die Wirtschaftsleistung brach dann jeweils mehr als doppelt so stark ein.

Ein ähnliches Bild gilt für die US-Wirtschaft, wenn man die Jahre zwischen 1840 bis 1949 mit denen von 1950 bis 2009 vergleicht. Vor dem Zweiten Weltkrieg war das Wachstum deutlich höher als danach - dafür gab es aber auch weit mehr und weit schlimmere Rückschläge.

Die traditionelle Wachstumstheorie kann dieses Muster nicht erklären. Wallis hat daher eine eigene Erklärung entwickelt - seine "Theorie des Schrumpfens". Dahinter steht kein neues quantitatives Modell, sondern eine abstrakte, politikwissenschaftlich geprägte Argumentation.

Ausgangspunkt der Theorie von Wallis ist der Befund, dass einzelne Akteure in einer Krise oft in einem Dilemma stecken. Ein Verhalten, das aus der Perspektive eines Einzelnen vernünftig ist, macht oft alles nur

noch schlimmer, wenn alle so agieren. Wenn zum Beispiel Zweifel an der Zahlungsfähigkeit von Banken aufkommen, macht es für jeden einzelnen Anleger Sinn, seine Ersparnisse in Sicherheit zu bringen. Löst aber jeder Bankkunde sein Konto auf, bricht auch das solideste Geldhaus zusammen.

Die einzelnen Akteure stehen also vor dem Problem, ihr Verhalten aufeinander abzustimmen und so eine für alle negative Abwärtsspirale zu verhindern. Dieses Koordinationsproblem ist für Wallis eine fundamentale Ursache für Instabilität - solange einzelne Akteure befürchten müssen, dass sie schlechter wegkommen, wenn sie mit anderen kooperieren, gebe es keine Lösung für das Dilemma.

Erst nach der Großen Depression aber hätten die Industriestaaten dieses Problem in den Griff bekommen - angefangen mit dem "New Deal" von US-Präsident Franklin D. Roosevelt. Dabei seien die unmittelbaren ökonomischen Wirkungen der Konjunktur- und Sozialprogramme gar nicht entscheidend gewesen. Sondern, dass mit dem "New Deal" erstmals Institutionen geschaffen wurden, bei denen jeder Einzelne darauf vertrauen konnte, dass der Staat ihn ohne Ansehen seiner Person gleich behandelt - zum Beispiel, wenn man seinen Job oder seine Ersparnisse verliert.

Wallis spricht von "überpersönlichen Regeln", die staatliche Willkür einschränken - sowohl im Verhältnis zwischen Staat und Bürgern als auch in der Beziehung zwischen der Zentralregierung in Washington und den Bundesstaaten.

US-Anleger könnten sich seit dem "New Deal" zum Beispiel darauf verlassen, dass die staatliche Bankensicherung bei einer Bankenpleite ihre Ersparnisse garantiert - und brauchen in einer Krise nicht sofort ihr Konto leer zu räumen.

Erst solche staatlichen Institutionen haben die Welt langfristig stabilisiert, argumentiert Wallis. Sie hätten dazu geführt, dass einzelne Akteure in Krisen darauf vertrauen dürfen, dass sie fair behandelt werden und nicht andere ihr Verhalten ausnutzen. Erst dies habe Kooperationen möglich gemacht.

Wenn diese Theorie stimmt, hat sie erhebliche Folgen für die wirtschaftspolitische Praxis. Dann wäre es falsch, politische Entscheidungen nur danach zu beurteilen, wie sie auf das Wachstum wirken. Viel wichtiger wäre, ob sie Krisen verhindern. Wallis: "Wenn dadurch die Wirtschaft gleichzeitig ein bisschen weniger effizient wird, spielt das keine große Rolle."

"Did the New Deal save Democracy and Capitalism?" von John Joseph Wallis, Arbeitspapier (April 2010), Download der kompletten Studie über www.handelsblatt.com/link

© 2010 ECONOMY.ONE GmbH - ein Unternehmen der **Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH & Co. KG**

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: Content Sales Center | Sitemap | Archiv | Schlagzeilen

Powered by Interactive Data Managed Solutions

Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch folgende [Nutzungshinweise](#), die [Datenschutzerklärung](#) und das [Impressum](#).